

# Schutt und Asche im Szeneviertel

**AUSSCHREITUNGEN** Selbst die Linkspartei kritisiert den gewalttätigen Protest gegen eine Nazi-Demo in Leipzig

AUS DRESDEN  
MICHAEL BARTSCH

Die „Karli“, die Leipziger Kulturmeile Karl-Liebknecht-Straße, bietet ein Bild der Verwüstung. Am frühen Samstagabend kam es hier zu den seit Jahren schwersten Auseinandersetzungen zwischen linksautonomen Gruppen und der Polizei. Sie entwickelten sich aus einer Demonstration von etwa 2.500 Menschen, die sich gegen einen Aufmarsch von nur 150 Anhängern der Partei Die Rechte, der Offensive für Deutschland und des Pegida-Ablegers Thügida richtete.

Vermummte errichteten und entzündeten Barrikaden, warfen Scheiben ein und demolierten Autos. Nach Polizeiangaben wurden 69 Polizeibeamte verletzt und 50 Dienstfahrzeuge beschädigt. Über die Zahl der verletzten Demonstranten konnte die Polizeidirektion Leipzig auch am Sonntagmittag noch keine Aussage treffen. In mindestens zwei Fällen wurden aber Rettungswagen angefordert. 23 vorläufig festgenommene Personen sind nach Identitätsfeststellung wieder auf freiem Fuß.

In der seit dem Auftreten des Pegida-Ablegers Legida besonders heftig von Auseinandersetzungen heimgesuchten Stadt handelte es sich am Sonnabend gewissermaßen um Krawalle mit Ansage. Der Neonazi Chris-

tian Worch als Anmelder wollte bewusst im linken Szene-Stadtteil Connewitz demonstrieren. Auf Facebook kündigten Kameradschaften an, Connewitz „in Schutt und Asche“ zu legen.

Die Versammlungsbehörde genehmigte diese Provokation aber nicht und gestattete nur

*Auch der Einsatz von Tränengas sei unverhältnismäßig gewesen*

eine knapp 600 Meter lange Demo-Route in der Südvorstadt. Die hiesige Antifa mobilisierte unter dem Slogan einer „autonomen Weihnachtsfeier“ zu Gegenprotesten.

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zeigte sich von den gewalttätigen Ausschreitungen ebenso schockiert wie Anwohner und Politiker verschiedener Lager. Jung sprach von „offenem Straßenterror“. Damit hätten Kriminelle den „so wichtigen friedlichen Protest gegen Neonazis diskreditiert“.

Die Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel, die in Connewitz ein Direktmandat gewonnen hatte, distanzierte sich ebenfalls von den Gewalttaten. „Gerade in der Nähe einer Unterkunft für Asylsuchende sind solche Eskalationen mehr



Abkühlung im Advent: Der Strahl eines Wasserwerfers trifft einen linken Demonstranten Foto: dpa

als deplatziert“, sagte sie. Ähnliche Verurteilungen sprachen der Linken-Stadtvorsitzende Volker Külüow, sein Landeschef Rico Gebhardt, der CDU-Innenpolitiker Christian Hartmann und sein grüner Landtagskollege Valentin Lippmann aus. Lippmann kritisierte aber wie Nagel auch das Verhalten der Polizei, die eine weiträumige Abschirmungsstrategie verfolgt hatte. Weil sie nicht in Sicht- und Hörweite demonstrieren durften, habe sich die Wut einiger Menschen an anderer Stelle entladen. Auch der

Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern sei teilweise unverhältnismäßig gewesen, sagt Nagel.

Linke Aktivisten feierten es derweil auf dem Internet-Szeneportal Indymedia zumindest als Erfolg, dass ein Nazi-Marsch durch Connewitz verhindert worden sei.

Zwischen die Fronten geriet am Samstag einmal mehr der bekannte Jenaer Jugendpfarrer Lothar König mit seinem Lautsprecherwagen. Wegen angeblicher Beteiligung am Landfriedensbruch wurde er schon vor

Beginn der schweren Ausschreitungen vorübergehend festgenommen und sein Wagen beschlagnahmt.

Gute alte Bekannte in Uniform seien wieder einmal sehr eifrig gewesen, kommentierte König gegenüber der taz. Der in Dresden bereits einmal vergeblich wegen Landfriedensbruchs angeklagte Pfarrer bedauert, dass offenbar wegen der Gewaltwarnungen „so wenige bürgerliche Gegendemonstranten“ gekommen seien, die mäßigend hätten einwirken können.

## Rassenkunde nach Thüringer Art

**AFD** Höcke kassiert für einen Vortrag Kritik von Parteifreunden

BERLIN taz | Neuer Richtungsstreit in der AfD: Mit einer rassistischen Rede am neurechten Institut für Staatspolitik (IfS) hat sich der thüringische Fraktionsvorsitzende Björn Höcke Kritik von Parteikollegen eingehandelt. „Man muss nicht jeden Unfug kommentiert lassen, schon gar nicht rassistische Ideologie. Das hat nichts mit AfD zu tun!“, sagte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Marcus Pretzell. Der bayerischen Landesverband der Parteiugend forderte sogar, Höcke aus der Partei auszuschließen.

Dieser hatte seine umstrittene Rede schon Mitte November gehalten, ein Mitschnitt der Rede wurde erst in der vergangenen Woche auf YouTube veröffentlicht. Die Unterschiede zwischen den Gesellschaften Afrikas und Europas erklärt Höcke darin mit dem Vokabular von Biologen: Bei der Fortpflanzung zielen Afrikaner auf „möglichst hohe Wachstumsraten“ ab, dort dominiere „der sogenannte Ausbreitungs-Typ“. In Europa lebe dagegen „der sogenannte Platzhaltertyp“. Das Fazit des AfD-Politikers: „Die Evolution hat Afrika und Europa zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert.“ **TO5**

## CDU-Mann ist Grünen zu grün

**FARBENLEHRE** Weil ihm die rot-grüne Landesregierung drei Windräder verbietet, zieht ein Dorfbürgermeister in Rheinland-Pfalz vor Gericht

FRANKFURT taz | Eigentlich schlägt die CDU gerne auf die Seite der Windkraft-Skeptiker, auch in Rheinland-Pfalz. Dort warnt Parteichefin Julia Klöckner, der Ausbau drohe, das „Land zu spalten.“ Doch jetzt klagt sich ausgerechnet ein rheinland-pfälzischer CDU-Bürgermeister für drei Windräder durch die Instanzen. Oskar Meyer will unbedingt Windkraft für seine 500-Einwohner-Gemeinde Lierschied am Rhein. Sogar den Status seines Dorfes als Unesco-Welterbestätte setzt er dafür aufs Spiel.

Wenn Meyer von Windrädern spricht, hört man seiner Stimme an: Das Thema ist ihm ein Herzensanliegen. Voller Eifer zählt Meyer auf, was sich seine 500-Einwohner-Gemeinde durch die Windkraft-Einnahmen (rund 120.000 Euro jährlich) endlich leisten könnte: eine Rampe für das Rathaus, die Gemeinschaftsräume ausbauen und vielleicht sogar einen Seniorenbus einrichten.

Doch die Sache hat einen Haken: Die Region gehört zum Unesco-Welterbe Oberes Mit-

telrheinland. In diesem dürfen in einer Kernzone um den Rhein keine Windräder gebaut werden. An die Kern- schließt sich eine Pufferzone an. Dort, am äußeren Rand, liegt Lierschied. Auch in der ist der Bau von Windrädern verboten, wie das grüne Wirtschafts- und Energieministerium von Rheinland-Pfalz entschieden hat.

„In manchen Bereichen konkurriert der Ausbau der Windenergie mit anderen schutzwürdigen Belangen“, wie eben dem Umweltschutz oder dem Status als Welterberegion, so das Ministerium gegenüber der taz. Dabei verweist die Landesregierung auf eine mit der Unesco erarbeitete Sichtachsenstudie zu Windrädern in der Pufferzone. Würden Windräder gebaut, drohe die Unesco, den Status Welterbe zu entziehen.

Doch Lierschieds CDU Bürgermeister will nicht aufgeben: „Windanlagen sind nicht schön, aber sie sind nützlich für uns klapprige Kommune“, so Meyer. Die Pufferzone müsste für Lierschieds drei Windräder um nur 2,6 Prozent verschoben werden,

sagt der Bürgermeister. Soweit am Rande liege seine Gemeinde.

Die Kommune hat nun Beschwerde am Oberverwaltungsgericht des Landes eingereicht. Zuvor war sie schon wegen einer Formalie vor dem Verwaltungsgericht Koblenz gescheitert. Die Bürger stünden hinter dem Projekt, erklärt der Gemeindevorsteher. Bei der letzten Fragestunde zum Thema habe es sogar Beifall gegeben. „Wann gibt es das denn?“, fragt er.

Hoffnung macht dem Christdemokraten ausgerechnet ein anderer Grüner: Der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Auch Hessen liegt teilweise im Welterbegebiet. „Da besteht jedoch kein generelles Bauverbot für Windräder in der Pufferzone. Jeder Einzelfall wird auf Verträglichkeit geprüft“, so Meyer.

Und obwohl auch die Hessen ein Schreiben von der Unesco bekommen hatten, den Bau von Anlagen in der Pufferzone zu unterlassen, kündigte Al-Wazir erst vor einigen Wochen an, bei seiner Haltung zu bleiben.

ALINA LEIMBACH

## Das perfekte Weihnachtsgeschenk für alle Meeresliebhaber



Der preisgekrönte mare-Kalender „Meeresblicke 2016“

mit Fotografien von Chris Burkard, Iris Friedrich, Orsolya Haarberg, Hougaard Malan, Heike Ollertz und Gulliver Theis. 82 mal 58 cm, 49 € / 84 CHF



Kalender erhältlich im Fachhandel oder unter [www.mare.de](http://www.mare.de)

## Merkel geht auf Kritiker zu

**CDU-PARTEITAG** Kanzlerin will Leitantrag zur Flüchtlingspolitik überarbeiten

BERLIN dpa | Kanzlerin Angela Merkel will offenen Streit um ihre Flüchtlingspolitik auf dem CDU-Parteitag mit einem Kompromissangebot an ihre Kritiker vermeiden. „Wir werden sicherlich darüber reden, dass wir eventuell die Frage, welche Sorgen machen sich die Menschen, welche Herausforderungen haben wir, dass wir da noch Verän-

derungen vornehmen“, sagte die CDU-Vorsitzende gestern vor einer Sitzung des Vorstands, der einen Leitantrag zur Flüchtlingspolitik für den heute in Karlsruhe beginnenden Parteitag beschließen wollte.

Merkel lehnt die Forderung ihrer parteiinternen Widersacher nach einer Obergrenze für die Aufnahme von Flücht-

lingen in Deutschland ab und setzt auf eine gesamteuropäische Lösung. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) – der wie die Junge Union zu Merkels Kritikern gehört – sagte aber, er glaube, dass der Parteivorstand nach den Diskussionen der zurückliegenden Stunden „ein gutes Papier“ vorlegen werde.

ANZEIGE